

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

DIE LINKE.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

ihr kämpft dafür, dass eure Entlohnung nicht noch weiter hinter der Bezahlung eurer Kolleginnen und Kollegen bei öffentlichen Trägern, Caritas und den Wohlfahrtsverbänden zurückbleibt. Ihr verlangt einen Nachschlag, um nicht als "ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse" für die gleiche Arbeit mit zehn Prozent weniger Geld abgespeist zu werden.

Damit habt ihr Recht!

Denn es muss möglich sein, von guter Arbeit gut zu leben. Passend zu den Idealen eurer Arbeitgeber in Kirche und Diakonie stellt ihr fest, dass "Soziale Berufe mehr Wert" sind. Und weil das so ist, habt ihr als Wertschätzung für eure Arbeit nicht nur warme Worte, sondern auch eine bessere Bezahlung verdient.

Und es ist klar: Die Antwort auf die Wirtschaftskrise kann nicht Lohnverzicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lauten! Aus Gründen der Gerechtigkeit, denn zahlen sollen diejenigen, die den Profit aus der Deregulierung des Finanzsystems gezogen haben. Und auch aus ökonomischen Gründen, denn euer Lohn stärkt die Kaufkraft im Binnenmarkt, der in Deutschland so schwach entwickelt ist.

Die politischen Rahmenbedingungen korrigieren!

Eure heutigen Forderungen sind moderat und können von den Arbeitgebern erfüllt werden. Doch längerfristig steht der Aufwertung der sozialen Berufe der Sparzwang im Gesundheitssystem und die Austrocknung der öffentlichen Haushalte entgegen. Aber das sind keine Naturgesetze, denn das Geld fehlt nicht, sondern es wird falsch verteilt.

Bitte wenden!

Deshalb fordert DIE LINKE

- eine solidarische Bürgerversicherung, die alle Bürgerinnen und Bürger und alle Einkommensarten mit einbezieht. Das schafft eine finanzielle Basis, damit das Gesundheitssystem nach den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten sowie der Beschäftigten ausgerichtet werden kann.
- eine Millionärssteuer auf große Einkommen, damit die Kosten der Finanzkrise von den Verursachern getragen werden. So werden Einsparungen in den öffentlichen Haushalten verhindert.
- ein flächendeckendes Angebot gebührenfreier Ganztags-Kinderbetreuung. Das ist finanzierbar im Rahmen des ökonomisch notwendigen massiven Konjunktur- und Investitionsprogramms.

Solche Forderungen sind nicht allein in den Parlamenten durchsetzbar. Nur soziale Unruhe auf den Straßen und in den Betrieben kann genügend Druck erzeugen, um einen politischen Richtungswechsel zu erzwingen.

Darum ist es richtig und wichtig, dass ihr heute für eure berechtigten Forderungen demonstriert und euren Teil zu der Unruhe beiträgt.

Die Linksfraktion im Hessischen Landtag und DIE LINKE. Darmstadt unterstützen eure Forderungen und wünschen euch den größtmöglichen Erfolg.

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

www.linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE.

Kreisverband Darmstadt

www.linke-darmstadt.de